

## Ölpest am Flughafen

Wer heute den Frankfurter Flughafen betritt, wird kaum etwas von einer „Ölpest“ bemerken. Wer aber in seinem nördlichen Teil nach Öl bohrt, wird mit Sicherheit „fündig“ werden. Dort sind im Dezember letzten Jahres ungeheure Mengen Kerosin (Flugzeugbenzin) aus dem unterirdischen Rohrleistungssystem ausgeflossen, mit dem die Flugzeuge aufgetankt werden. Das ausgelaufene Kerosin hat das Grundwasser in einem Bereich verseucht, der zum Einzugsgebiet der 1,5 km entfernten Pumpstation Hinkelstein gehört, wo Trinkwasser für die Frankfurter Stadtteile Sachsenhausen und Niederrad gewonnen wird. In den letzten sieben Monaten hat sich die Verseuchung schon mindestens 200 m in dieser Richtung ausgebreitet.

Um die Hinkelsteinanlage zu schützen, sind mehrere Brunnen angelegt worden, die seit Jahresanfang rund um die Uhr verschmutztes Grundwasser pumpen und das Kerosin daraus herausfiltern.

Am 3.7.81 meldete die „Frankfurter Rundschau“, daß auf diese Weise bereits 1,1 Millionen Liter des Flugzeugtreibstoffs zurückgepumpt werden konnten.

Mindestens noch einmal so viel Kerosin dürfte sich noch im Boden befinden und auf Jahre hinaus ins Grundwasser einsickern. Dies ist schon der vierte, aber auch der größte Unfall dieser Art auf Rhein-Main: 1977 flossen 200.000 Liter aus, im Februar 1979 waren es 415.000 Liter und im Januar 1980 20.000 Liter. Da diesmal jedoch im Gegensatz zu früher gar nicht erst versucht wurde, das verseuchte Erdreich schnellstens abzutragen und zu entfernen, wird eine riesige Verunreinigung des Bodens unter dem Flughafengelände bleiben. Dabei dürfte es kaum zu bewerkstelligen sein, die Verseu-

chung auf einen bestimmten Bereich zu begrenzen und eine Ausdehnung zu verhindern. Die Spätfolgen der Kerosin-Unfälle (und besonders des letzten!) für die gesamte Umgebung des Flughafens sind gar nicht abzuschätzen. Ebenso wenig ist der Versicherung der Wasserbehörden zu glauben, das Trinkwasser der Hinkelsteinbrunnen sei nicht gefährdet. 1978 mußte diese Anlage schon einmal abgeschaltet werden, als eine hohe Konzentration von Giftstoffen im Frankfurter Trinkwasser festgestellt wurde, deren Verursacher der Flughafen war (Verwendung bestimmter Chemikalien beim Waschen von Flugzeugen). Berücksichtigt man, daß ein winziges

Tröpfchen Öl oder Benzin ausreicht, um einen Liter Wasser ungenießbar zu machen, so wären eine oder mehrere Millionen Liter Kerosin theoretisch in der Lage, Trinkwassermengen in der Größenordnung zu vernichten, wie sie von einer Großstadt pro Jahr (!) verbraucht werden. Dies mag genügen, um das Ausmaß der Gefährdung zu verdeutlichen. Ist es einerseits ungewiß, ob eine Verseuchung des Frankfurter Trinkwassers vermieden werden kann, so bleibt es andererseits völlig im Dunkeln, wie der Schaden wieder behoben werden soll. Denn dazu müßten große Teile des Flughafengeländes in eine Baugrube verwandelt werden.



Vom Hüttendorf aus ging das buntbemalte Info-Mobil der „Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren“ auf die Reise. In Nord- und Mittelhessen will man die Bevölkerung über den Kampf und den Widerstand gegen die Startbahn West informieren und Unterschriften für den Volksentscheid sammeln.

# Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Wir alle, die wir seit vielen Monaten gegen die Zerstörung unserer Heimat kämpfen, stehen vor sehr ernstesten Auseinandersetzungen.

Der Baubeginn der Startbahn West (Tunnelbau), die Beseitigung des Hüttendorfes, die Rodung unseres Waldes sollen jetzt in Angriff genommen werden.

Seit dem Oktober 1980 hat sich die Bürgerbewegung, die für die Erhaltung unserer Umwelt eintritt, stark verbreitert. Durch das Volksbegehren wird unser Anliegen überall in Hessen bekannt. Wir sind stärker geworden. Das weiß auch die Landesregierung und die FAG. Dort und in Bonn wird diese Startbahn zum Prestigeobjekt. Aber, man hört dort nicht auf Argumente, man will diese Startbahn mit Gewalt durchsetzen, und Gewalt heißt Masseneinsatz von Bereitschaftspolizei und Grenzschutz.

## Was können wir jetzt noch tun?

Zunächst – wir müssen aktiv weiter informieren, die geplante Umweltzerstörung in entferntere Regionen bekannt machen. Wir brauchen noch viele Unterschriften, um den Volksbegehren-Antrag einreichen zu können. Wir brauchen erneut die Unterstützung der Großbetriebe – Betriebsräte, Vertrauensleute, DGB-Ortskartelle sollten sich zu Wort melden. Wir brauchen weiter die Solidarität der Kirchen. Wir sollten am Tag X, dem Tag, an dem die Glocken läuten, bereit sein, aktiv vor Ort unseren Wald zu verteidigen. Zehntausende müssen in den Wald ziehen und sich den Polizisten, den Planiermaschinen in den Weg stellen. Was bleibt uns sonst? Sollen wir einfach aufgeben? Sollen wir dem Unrecht, der Gewalt freiwillig den Platz räumen? Nein! Was jetzt zählt sind die gewaltfreien Massenaktionen einer einzigen Bürgerbewegung.

Rudi Hechler

## Beweissicherung Grundwasser „nach Abhieb des Waldes“

Mehrere dicke Aktenordner kann man im Mörfelder Rathaus einsehen. Sie enthalten Unterlagen für das wasserrechtliche Erlaubnisverfahren der Startbahn West. Davon abgesehen, daß die Unterlagen nur wenige Tage in der Ferienzeit einzusehen sind, ist das ganze Verfahren sowieso nur Demokratiespielerei und eine üble Farce. Denn bestenfalls können nur studierte Hydrologen oder Bauingenieure etwas mit den Unterlagen anfangen. Immerhin, beim „Querlesen“ fällt auch dem Laien das eine oder andere ins Auge. So fanden wir in den Plänen die Forderung des Wasserwirtschaftsamtes Wiesbaden vom 9.6.81: „Beweissicherung Grundwasser erforderlich.“ Dies ergänzte dann das Regierungspräsidium am 8.8.81 mit dem Satz: „Spätestens nach Abhieb des Waldes.“ Die Regierung will also erst „abhacken“ und dann „prüfen“. Das ist so, als würde man einem Verstorbenen nach der Beerdigung den Totenschein ausfüllen. Interessantes fanden wir auch in der ausgelegten „Geologischen Voruntersuchung“. Hier wird deutlich gesagt, daß man sich bei der Dimensionierung der Rollbahn-Decke auch nach Vorschriften und Merkblättern für militärische Zwecke aus den USA richtet.

... und da gibt es immer noch ein paar Leute, die glauben, die Startbahn West hätte keine militärischen Hintergründe!

# Vietnamerprobtes Giftgas gegen Demonstranten

Das Hüttendorf ist zu einem Symbol des Widerstandes gegen die Umweltzerstörung geworden. Innenminister Gries hat nun angekündigt, dieses Dorf „zu einem geeigneten Zeitpunkt“ beseitigen zu lassen. Welche Mittel dabei angewandt werden, kann man schon in den Zeitungen lesen.

So sagte Gries, er sei stolz auf den neuen hessischen Riesenwasserwerfer und es müsse geprüft werden, ob die Beimischungen nicht verstärkt werden sollen.

Ob man dabei auch in Hessen schon an das neue CS-Gas denkt, das die CSU in Bayern gerade einführt, war noch nicht zu erfahren.

Nach dem Willen des bayerischen Innenministers Tandler (CSU) wird dort die Polizei künftig das im Vietnamkrieg eingesetzte, tödlich wirkende Kampfgas CS (benannt nach den Erfindern Carson und Staughton) gegen Demonstranten einsetzen. Das verharmlosend als „Würgas“ bezeichnete und in den USA hergestellte Kampfmittel wurde auf einer Veranstaltung der Bereitschaftspolizei in Dachau vorgeführt.

Nach einer Dokumentation der Schweizer Ärztevereinigung „Centrale Sanitaire Suisse“ fielen der US-Aggression in Vietnam mit chemischen Kampfstoffen Tausende von Menschen, vor allem unter der Zivilbevölkerung, zum Opfer. Über die Wirkung des Reizgases CS heißt es in derselben Dokumentation: „Außergefachtsetzung bei Kon-

zentrationen von 1 bis 6 Milligramm pro Kubikmeter... Tödlich bei Konzentrationen von 11 bis 25 Milligramm pro Kubikmeter.“

1969 wurden chemische Handgranaten vom Typ „CS“ auch bei der Bundeswehr eingeführt und ihr Einsatz in der Heeresdienstvorschrift 132/6 mit „VS-Vertraulich“ beschrieben. Am 16. Dezember 1969 beschloß die Vollversammlung der Vereinten Nationen, dieses Tränen- und Reizgas für eine „unzulässige Kriegswaffe“ zu erklären; Seither stehen Übungen zur Einsatzvorbereitung dieser Stoffe durch die Bundeswehr im Widerspruch zum Völkerrecht. Aber in der Bundesrepublik soll das Kampfgas jetzt sogar gegen Bürger eingesetzt werden, die ihre Rechte wahrnehmen wollen.

Bei der Vorführung des chemischen Kampfgases wurde verharmlosend erklärt, daß es „gewalttätige Demonstranten“ lediglich lahmlege, weil es zum Schließen der Augen zwingt, Atemnot und einen Würge-reiz verursache.

Das Kampfgas soll mit Wasserwerfern oder speziellen Gasgranaten versprüht werden. Offensichtlich um die Bevölkerung an die neue Bewaffnung der Polizei zu gewöhnen und einzuschüchtern, wurde in ausführlichen Fernsehberichten eine Vielzahl weiterer Polizeieinsatzmittel und -waffen vorgeführt.

### Sofortige Wirkungen

Tränenfluss, äusserstes Brennen der Augen, Verbrennungen der Haut. Brechreiz. Aussergefachtsetzung bei Konzentrationen von 1 bis zu 6 mg pro m<sup>3</sup>. Unheilbare Verletzungen bei 20 mg pro m<sup>3</sup> 10.

### Später eintretende Wirkungen

Nicht wieder heilbare Verletzungen, allgemeine Vergiftung 10.

### Sterblichkeit

Tödlich bei Konzentrationen von 11 bis 25 mg pro m<sup>3</sup>. Häufige Verwendung in Form von Granaten, die je 200 g des Produktes enthalten 18, d.h. 8 bis 18mal die tödliche Dosis.

Aus der Dokumentation der Schweizer Ärztevereinigung über das Gas CS.

# Oberstes Prinzip: Gewaltfreiheit

Die Strategie der Startbahn West-Planer ist festgeschrieben – man will mit Gewalt den demokratischen Widerstand brechen. Schon vor den eigentlichen Auseinandersetzungen droht, kriminalisiert und diffamiert man, versucht man zu spalten und zu provozieren.

Die Stärke der Bürgerbewegung war seit her die Überparteilichkeit und die absolute Gewaltfreiheit – und das muß so bleiben. Bei den Auseinandersetzungen im vergangenen Herbst veröffentlichte die Bürgerinitiative ein Flugblatt, in dem es heißt: „Oberstes Prinzip unseres Widerstandes war und bleibt die Gewaltfreiheit! Die Gegenseite wird alles daran setzen, unseren Widerstand zu kriminalisieren, Provokateure einzuschleusen, unsere Bewegung zu untergraben und zu spalten! Dem gilt es, geschlossen entgegenzutreten. Wir lassen uns nicht provozieren. Wer Gewalt predigt oder anwendet, arbeitet Landesregierung und FAG in die Hände.“

In unserem Kampf gegen die Startbahn West haben deshalb keinen Platz: Schlagstöcke, Helme, Schilde, Wurfgeschosse wie Flaschen, Büchsen, Steine. Vermummte Gesichter wird es nicht geben. Auf Prügeleien lassen wir uns nicht ein!“

Diese Sätze gelten noch mehr jetzt, wo wir vor dramatischen Zuspitzungen stehen.

Wir werden darauf achten müssen, daß keine bezahlten Provokateure der Gegenseite eine Eskalation der Gewalt anzetteln.

Unser Widerstand im Wald muß gewaltfrei aber gewaltig sein.

**JEDER  
der die Gesellschaft  
verändern,  
den Sozialismus will,**

**gehört in die**

**DKP**



*Straßenfeste werden Mode. Man macht sich viel Mühe, zeigt Engagement. Die Anwohner lernen sich besser kennen – vor allem den Neubürgern kommt dies zugute. Lobenswert: Bei den seitherigen Festen wurden anschließend viele tausend Mark an die Aktion Volksbegehren überwiesen.*



## Sozialabbau

Vor ein paar Wochen wurde der Bundeshaushalt verabschiedet. Man konnte von morgens bis abends am Bildschirm verfolgen, wie sich unsere „Volksvertreter“ gegenseitig überboten in Formulierungen wie: „Gürtel enger schnallen“, „mehr Leistung“ oder „das soziale Netz beschneiden“. Deutlicher wurden sie jetzt noch nicht. Aber in den Zeitungen ist hin und wieder zu lesen, daß in den Ministerien schon laut gedacht wird. Auch die „fünf Weisen aus dem Abendland“ steuern ihren Teil zur Untermauerung, „zur Verwissenschaftlichung“ des Sparwillens des Staates bei. So sickern Pläne zur

Ausgabenkürzung durch wie etwa:

- Generelle Kürzung des Arbeitslosengeldes von 68 auf 60 Prozent des letzten Nettoeinkommens.
- Einführung von Einkommens- und Altersgrenzen für das Kindergeld.
- Krankenkassenbeitrag für Rentner.
- Besteuerung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe.
- Erhöhung der Arbeitslosenversicherung auf 3,5 bis 4 Prozent.

- Kräftige Erhöhung der Tabak- und Sektsteuer.
- Die Mehrwertsteuer soll um zwei Prozent erhöht werden. Belastung: zwölf Milliarden DM.
- Einführung einer Gassteuer.
- Umlegung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Benzinpreis.
- Verdoppelung der Heizölsteuer.
- Kappung des „Arbeitnehmerfreibetrages“.
- Kürzungen im Gesundheitswesen.

Wo SPD- und FDP-Spitzen sich einig sind, da wollen CDU und CSU nicht zurückstehen. Sie sind mit von der Partie beim sozialen Raubzug. So ließen die Vorsitzenden von CDU und CSU, Kohl und Strauß, keinen Zweifel daran, daß sie den praktizierten und weitergeplanten Leistungsabbau „mittragen“. Als Bereiche, an denen der Rotstift anzusetzen wäre, nannte Strauß die allgemeine Schulgeldfreiheit, die Bezahlung von Schwangerschaftsunterbrechungen durch die Krankenkassen, die BAFöG-Zahlungen, Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung.

# Nachlese

Bei der Stadtverordnetenversammlung im Juni wurde über den Bau der Sporthalle in Walldorf abgestimmt. Die DKP stimmte dafür. Einige Tagesordnungspunkte später stand die Gebührenerhöhung für die Abwässer zur Entscheidung an. Die DKP stimmte dagegen. Unsere Argumente brachten den CDU-Sprecher so in Fahrt, daß es ihm unverständlich erschien, „daß wir nicht rot würden“. Seine Argumente: Wenn die Wünsche der Bürger die Einnahmen übertreffen, dann muß man entweder die Wünsche reduzieren oder die Einnahmen durch Gebührenerhöhungen vergrößern. Einmal stimmten wir einer Investition (in Millionenhöhe) zu, und andererseits verweigerten wir die Zustimmung für Gebührenerhöhungen. Diesen scheinbaren Widerspruch wollen wir schriftlich auflösen, damit man es in Ruhe nachlesen und darüber seine Gedanken machen kann.

Die Bürger zahlen Gebühren für Dienstleistungen der öffentlichen Hand und Steuern. Die Steuern teilen sich die Kommunen, Kreis, Land und Bund. Die Anteile am Steueraufkommen werden fast jedes Jahr ausgehandelt und festgesetzt. Die Kommunen, die die größten Aufgaben für die Bürger haben, bekommen den kleinsten Anteil.

Fast jede zweite „Bundesmark“ fließt nicht in den Konsumtionskreislauf, sondern in die Rüstung. Hier ist die „heilige Kuh“, die es zu schlachten gilt. Hier ist der Hebel anzusetzen, wenn man über fehlende Sozialleistungen in der Gemeinde diskutiert und die Verschuldung der öffentlichen Hand anprangert. Wir Kommunisten nehmen es nicht einfach hin, daß jedes Jahr zig Milliarden Mark in die Taschen der Rüstungsindustriellen fließen und andererseits notwendige Einrichtungen der Daseinsfürsorge fehlen. Die Gebührenerhöhung für die Abwässer hat also mit der „großen Weltpolitik“ zu tun.

Man kann doch nicht mit Gebührenerhöhungen den Gemeindehaushalt sanieren und dem Ungleichgewicht der Steuerverteilung tatenlos zusehen.

Das hieße ja, seinen Keller in Ordnung bringen, während andere einem das Dach wegtragen. Der Kampf, der heute für soziale Einrichtungen geführt wird, ist auch ein Kampf gegen Rüstung, für Friedenssicherung, für Abrüstung; in West und Ost versteht sich.



„Nie wieder Krieg“, stand auf einem Plakat des Instrumentalkreises der evangelischen Kirchengemeinde. Man spielte am Rathausplatz und sammelte Unterschriften. Unter den Krefelder Appell.

## Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden!

Über eine Million Bürger haben den Satz unterschrieben: „Wir appellieren an die Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen.“ Fast eine Million mal Name und Adresse für den Krefelder Appell, den Appell der Vernunft gegen den NATO-Atomraketenbeschluß. Die Raketenpolitiker sind nervös geworden. Sie stemmen sich mit Drohungen, Verdächtigungen, Verboten und Partei-ausschlüssen gegen die Woge des Protests, gegen die Stimme der Vernunft. Das wird ihnen und ihrer Politik der Atomgefahr aber nicht helfen. Denn die Menschen im Lande sind beunruhigt, haben Angst vor einer atomaren Abenteuerpolitik. Und ihr Nein gegen die Atomraketen auf unserem Boden ist ein hoffnungsvolles, lebensbejahendes Ja zu einer sicheren Zukunft, zu unser aller Zukunft. Über eine Million, und es werden mehr werden und immer mehr: Das sind auch Unterschriften gegen die Scharfmacher in den USA, die vom „atomaren Erstschatz“ sprechen, die das Gleichgewicht zerstören und die „militärische Überlegenheit“ gewinnen wollen, die den atomaren Krieg wieder denkbar und führbar machen wollen. Das Entsetzen über eine solche Politik — das füllt die Listen des Krefelder Appells, Liste für Liste und Name für Name und Anschrift für Anschrift: Weg mit dem Raketenbeschluß! Schluß damit, unser Land für die Kriegsplanungen der US-Regierung herzugeben! Bonn soll auf-

hören, unser Leben den Gefahren eines Atomkrieges auszusetzen!

In wenigen Monaten ist diese Bewegung für das Leben zu einer großen Kraft in der Bundesrepublik geworden. Christen, Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale und Parteilose, Bürger und Politiker, Gewerkschafter und Wissenschaftler — sie alle fordern, sie alle haben das gleiche Ziel:

Der NATO-Raketenbeschluß muß weg!

## Todsicher

In Bonn macht man sich echte Sorgen um den Bürger im Falle eines Atomkrieges. Er braucht sich jetzt nicht mehr zum Schutz gegen Atomraketen eine Aktentasche über den Kopf zu halten, wie unter Exverteidigungsminister Schröder. Bonner Experten empfehlen da unter anderem Alufolie und Trockenklo. Es könnte ja sein, daß man noch mal aufs Töpfchen muß, bevor der atomare Blitz alles in Schutt und Asche legt. Und damit es dem Bürger nicht den Arsch verglüht, soll er ihn sich in Alufolie wickeln. Diese todsichere Methode bleibt aber nur den einfachen Leuten vorbehalten. Die Bonner Prominenz verkriecht sich lieber in ihren Atombunker in der Eifel. Sie warten die Folgen ihrer Raketenpolitik nicht im Frischhaltebeutel ab.

# Verhandeln

## Wer will verhandeln? Wer nicht?

Wann wird endlich verhandelt?  
An wem liegt es, daß es noch immer keine Verhandlungen gibt?  
Der Oberste Sowjet, das Parlament der Sowjetunion, hat am 23. Juni einen dramatischen Appell an die Völker der Welt gerichtet:

„Die Zeit drängt. Mit jedem Tag, an dem nicht verhandelt wird, wächst das Risiko eines Kernwaffenkonfliktes.“

Und weiter:

„Diese Verhandlungen sollten ehrlich und gleichberechtigt sein, ohne jegliche Vorbedingungen oder Versuche des Diktats.“

Aber aus den USA hören wir: Vor März 82 überhaupt nicht! Und auch nur dann, wenn die Sowjetunion die amerikanischen Bedingungen erfüllt. Wer so an diese gefährliche Sache herangeht, der will nicht verhandeln — der will Raketen!

Wir wollen Frieden. Deshalb verhandeln! Sofort! Und ohne jede Vorbedingung. Denn schließlich geht's um unser Leben!

## Sind die Russen verrückt?

Die Bundesregierung behauptet, die Sowjetunion habe viel mehr atomare Sprengköpfe als der Westen — im Verhältnis 8 : 1. Also achtmal so viel! In wenigen Jahren — 1985 — sei das Verhältnis sogar 10 : 1. Also zehnmal so viel!

Und deshalb müssen amerikanische Atomraketen in unser Land!

Denn, so sagen die Raketenpolitiker bei uns, die Russen wollen uns überfallen, unser Land zerstören.

Sind die Russen verrückt? Warum tun sie es denn nicht jetzt und sofort? Worauf warten sie denn? Jetzt sind sie doch so stark. Achtmal stärker. Wenn sie uns überfallen wollen, müssen sie es jetzt tun! Ob das die Russen gar nicht wissen? Warum überfallen sie uns nicht? Weil sie das nicht wollen! Weil die Spiele mit amerikanischen Geheimdienstzahlen der pure Quatsch sind! Weil uns mit der Russenangst die lebensgefährlichen amerikanischen Raketen aufgezwungen werden sollen!

Und deshalb machen wir nicht mit. Wir wollen leben!

## Brandt: Sowjetunion will Frieden

Willy Brandt war vier Tage in Moskau, sprach mit Breshnew und anderen Spitzenpolitikern der Sowjetunion. Und dann erklärte er am Donnerstag, 2. Juli, auf einer Pressekonferenz in Moskau:

„Ich sage meinen Landsleuten und allen, die mir zuhören möchten in unserem Teil der Welt: Ihr habt es mit jemandem zu tun, der will ehrlich das, wovon er spricht, nämlich den Frieden bewahren.“

Was ist also dran an der Behauptung, die Russen wollten uns überfallen? Nichts. Es ist eine Lüge. Es ist die Bedrohungslüge, mit der uns amerikanische Raketen in unser Land gezwungen werden sollen. In Moskau regieren Leute, die den Frieden bewahren wollen. Mit ihnen muß man reden. Mit ihnen muß man verhandeln. Mit ihnen alles versuchen, damit der Frieden tatsächlich erhalten bleibt. Deshalb darf man auch nicht den Abenteurern in den USA folgen, die nur in Raketen denken und den Frieden aufs Spiel setzen.

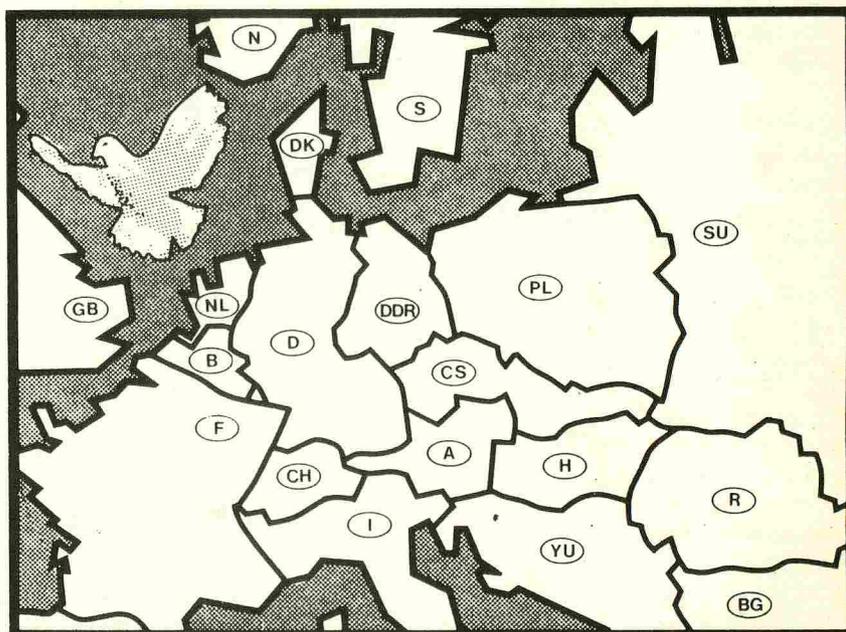
## ... und unsere Nachbarn?

Es will sie keiner — die neuen amerikanischen Atomraketen. Ringsum nicht. In den Niederlanden und Belgien winken die Regierungen ab. Die Völker erst recht. Frankreich sowieso. In Skandinavien wird sehr interessiert die Idee einer atomwaffenfreien Zone in dieser Region diskutiert. Die Sowjetunion garantiert: Unsere Raketen sind auf kein Land gerichtet, das sich von Atomwaffen freihält.

Diese Länder, unsere Nachbarn wollen die Freiheit von Atomwaffen. Sie wollen nicht vernichtet werden. Wollen leben.

Und wir? Was ist mit uns? Was ist mit unserem schönen Land? Wird allein die Bundesrepublik Deutschland zur amerikanischen Abschußrampe für atomare Mittelstreckenraketen?

Nein, wir wollen auch leben! Wir lieben unser Land wie die Holländer, die Belgier, die Dänen ihre Länder lieben. Und wir sagen deshalb Nein zu den feindlichen Plänen aus Übersee!



Rausschneiden und ins Schulbuch einlegen sollte man diese Karte. So müssen nämlich die europäischen Grenzen entsprechend der abgeschlossenen Verträge mit der Sowjetunion, Polen und der Deutschen Demokratischen Republik aussehen.

Im Gegensatz dazu hat die Konferenz der Kultusminister (KMK) im Mai dieses Jahres beschlossen, in allen politischen und physikalischen Landkarten Europas „die Grenzen des deutschen Reiches vom 31.12.1937“ zu vermerken. Die Grenze zur DDR wird als „besondere Grenze“ bezeichnet. Dieser Beschluß steht in offenem Gegensatz zu dem völkerrechtlich verbindlichen Moskauer, Warschauer und dem Grundlagenvertrag mit der DDR. In all diesen Verträgen — ebenso wie in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) — bekräftigen die beteiligten Staaten „die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenzen jetzt und in Zukunft.“ Mit ihrem Beschluß stellen die Kultusminister diese Unverletzlichkeit in Frage und fördern entspannungsfeindliches, revanchistisches Gedankengut an den Schulen.

# Interview mit Friedrich Engels



Welche grundsätzliche Haltung zu den Fragen von Ökonomie und Ökologie haben die Kommunisten. In einem „Interview“ mit Friedrich Engels (1820 – 1895) ging der „blickpunkt“ dieser Frage nach.

**Frage:** Gerade im Hinblick auf die Startbahn West drängt sich die Frage auf – beherrscht der Mensch die Natur nur, um sie zu zerstören?

**Friedrich Engels:** Er beherrscht sie. Und das ist der letzte, wesentliche Unterschied des Menschen von den Tieren, und es ist die (menschliche) Arbeit, die diesen Unterschied bewirkt. Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andere, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Wirkungen wieder aufheben. Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungszentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen. Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außerhalb der Natur steht – sondern, daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen, und daß unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen anderen Lebewesen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können!

**Frage:** Die Naturgesetze und ihre Wirkungsweise sind aber heute in einem großen Maße erkannt und werden angewendet – wo liegen also dann die Ursachen für die Zerstörung unserer Umwelt?

**Friedrich Engels:** Alle bisherigen Produktionsweisen sind nur auf Erzielung des nächsten, unmittelbaren Nutzeffekts der Arbeit ausgegangen. Die weiteren, erst in späterer Zeit eintretenden, durch allmähliche Wiederholung und Anhäufung wirksam werdenden Folgen blieben gänzlich vernachlässigt.

Am vollständigsten ist dies in der jetzt in Westeuropa herrschenden kapitalistischen Produktionsweise durchgeführt. Die einzelnen Kapitalisten können sich nur um den unmittelbaren Nutzeffekt ihrer Handlungen kümmern. Ja selbst dieser Nutzeffekt tritt vollständig in den Hintergrund; der beim Verkauf zu erzielende Profit wird die einzige Triebfeder. Wenn der einzelne Fabrikant oder Kaufmann die fabrizierte oder eingekaufte Ware nur mit dem üblichen Profiten verkauft, so ist er zufrieden, und es kümmert ihn nicht, was nachher aus der Ware und deren Käufer wird.

Die Antworten entstammen dem Engels-Werk „Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“.

\*\*\*\*\*

## Wußten Sie schon ?

Dr. Erwin Lang hat sich jetzt auch aus dem Kreis Groß-Gerau abgesetzt. Scheinbar wird es ihm hier zu laut. Er wohnt jetzt in Wiesbaden in der Abeggstr. 30.

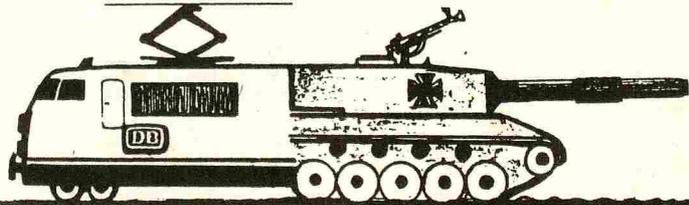
\*

In Dietzenbach sollen im Herbst 108 NATO-Wohnungen gebaut werden. Sie sind für auf der US-Air-Base stationierte Amerikaner vorgesehen. Es ist anzunehmen, daß dies Anzeichen einer Erweiterung der US-Air-Base sind.

Die „Frankfurter Rundschau“, die sich gern als linksliberal bezeichnen läßt, macht sogar in der Anzeigenabteilung eine miese Politik. Während sie die Stellungnahmen Börners zum Volksbegehren breit abdruckte, verweigerte sie der Arbeitsgemeinschaft „Volksbegehren“ eine bezahlte Anzeige. Ebenso verweigert wurde eine Anzeige von Sozialdemokraten, die sich mit ihrem von Ausschlußverfahren bedrohten Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen solidarisieren wollten.

\*\*\*\*\*

### DAS NEUE LOK-MODELL:



**DAMIT MAN AUCH SIEHT, WARUM DIE FAHRPREISE SO OFT ERHÖHT WERDEN!**

Seit dem 1. Juli 1981 kassiert die Bundesbahn von ihren Kunden im Durchschnitt um 6,4 Prozent mehr für die Fahrkarten, obwohl erst im Januar eine Tarifierhebung um 7,9 Prozent durchgesetzt worden war. Seit Monatsanfang werden die Autofahrer nicht nur an den Tankstellen mit 1,50 Mark je Liter kräftig zur Kasse gebeten, sondern auch die Versicherungskonzerne erhöhten die Prämien um 15 bis 20 Prozent.

## ... eine soziale Notwendigkeit

Die Anzeige „Tagesmutter gesucht“ findet man fast jede Woche im „Freitags-Anzeiger“  
 Dies weist auf einen Notstand hin, der vor allem alleinstehende Mütter oder Familien, deren Mütter mit Geld verdienen müssen, bedrückt. Der Notstand ist größer, als es die Suchanzeigen vermuten lassen. Denn Inserate geben ja nur diejenigen auf, die eine Tagesmutter auch bezahlen können. Dabei ist so eine Tagesmutter gar nicht die beste Lösung. Denn die von ihnen betreuten Kinder haben nur selten Kontakte zu ungefähr Gleichaltrigen, weil eine Tagesmutter kaum mehrere Kinder neben ihrem Haushalt versorgen kann. Eine bessere Lösung wäre eine Einrichtung, in der die Kinder gemeinsam betreut werden können. Anderswo gibt es dafür Kinderkrippen oder Spielstuben für diejenigen Kinder, die noch „nicht alt genug“ sind, um im Kindergarten Aufnahme zu finden. Bei uns werden dieses Jahr nur Kinder in den Kindergarten aufgenommen, die älter als dreieinhalb Jahre sind. Für viele Kinder bedeutet das, daß sie erst im nächsten Jahr an der Reihe sind.

Dann sind sie aber bereits vier bis vier-einhalb Jahre alt. In diesem Alter haben sie mehr Schwierigkeiten als jüngere, sich in eine Gruppe einzupassen und die Trennung von der Mutter zu verarbeiten.  
 Für sie wäre es wichtig und gut, wenn sie schon im Alter zwischen eineinhalb und vier Jahren soziale Erfahrungen mit anderen Kindern machen und soziales Verhalten erlernen könnten. Die übliche Kleinfamilie bietet dazu nicht immer diese Möglichkeiten. Entweder sind keine älteren oder jüngeren Geschwister da, oder der Altersunterschied zu den Geschwistern ist zu groß.  
 Als berufstätige Mutter von zwei Kindern (9 und 3 Jahre alt) mußte ich erfahren, was es heißt, daß in unserer Stadt weder Kinderkrippen-, Kindergarten- noch Kinderhortplätze in ausreichender Zahl vorhanden sind.  
 Ich merke es jeden Tag, wie wichtig die Forderungen der DKP im „Programm für die Bürger von Mörfelden und Walldorf“ sind. Zur Versorgung der Kleinkinder, bevor sie in die Kindergärten aufgenommen werden können, heißt es da zum Beispiel:

„Die Einrichtung einer Kinderkrippe wird zunehmend dringender. Viele Mütter müssen heute große Kosten für „Tagesmütter“ aufwenden, andere sind überhaupt nicht in der Lage, diese Kosten zu tragen. Man muß davon ausgehen, daß in unserer Stadt z. Zt. ein Bedarf von ca. 50 Kinderkrippenplätzen besteht.“

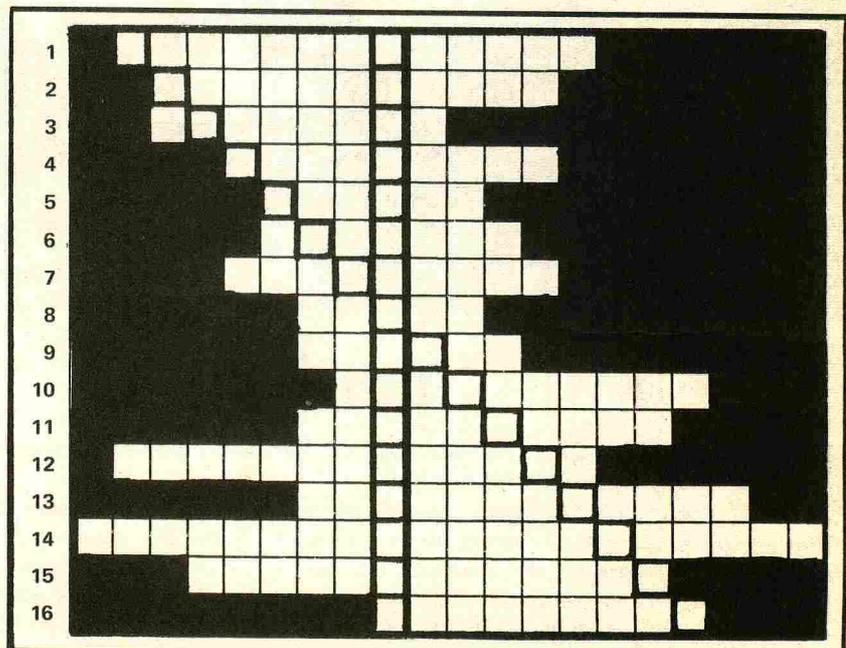
Mehrere Mütter aus Mörfelden und Walldorf hoben eine „Initiative Spielstube“ aus der Taufe, um für Mörfelden-Walldorf die Einrichtung einer solchen Spielstube durch die Stadt zu erreichen. Dort sollen Kinder ab ca. eineinhalb Jahren bis zu ihrer Aufnahme in den Kindergarten betreut werden können. Alle Mütter und Väter sind aufgerufen, den Antrag an die Stadt mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Unterschriftenlisten gibt es bei Frau Dr. Debus-Kauschat, Berliner Str. 31 und Brigitte Haag, Forsthausstr. 45.

Bei zwei Info-Ständen in Walldorf am Markt und in Mörfelden am Dalles sammelten wir in wenigen Stunden ca. 80 Unterschriften für die Einrichtung einer Spielstube in Mörfelden und Walldorf. Auch daran kann man sehen, daß ein Bedarf da ist, und daß auf dem schnellsten Weg etwas geschehen muß.  
 Gitti Haag

Heute wieder unser schon traditionelles Preisrätsel anlässlich des diesjährigen DKP-Grillfestes. Wie alljährlich werden die Gewinner auf unserem Grillfest ausgelost und bekanntgegeben. Auch in diesem Jahr gibt es schöne Preise zu gewinnen. Bitte schreiben Sie das Lösungswort auf eine Postkarte und senden es an: Ilona Feutner, Schlesierstr. 16, 6082 Mörfelden-Walldorf oder geben Sie es direkt beim Grillfest am Informationsstand ab. Also mitgemacht – mitgewonnen!

Die dickumrandeten Felder enthalten die Lösung auf die Frage: **Hoffnungsschimmer, der kreuz und quer, wie im Rätsel angeordnet, durch unser Land geht?**

- 1) Beliebte Tätigkeit im Urlaub
- 2) Vorgeschriebene Kleidung hoher Staatsdiener
- 3) Deutscher Physiker (19. Jahrhundert)
- 4) Laubbaum
- 5) Kopfschmuck
- 6) Hauptstadt des Iran
- 7) Europäische Halbinsel
- 8) Stadt am Niederrhein
- 9) Begehrte Tierart der Nordmeere
- 10) anderes Wort für Fernseher
- 11) Historische Ruine in Wolgograd (Alte Mühle)
- 12) Wärmedämmende Maßnahmen an Gebäuden
- 13) Sportliches Ereignis an der Ostsee
- 14) Wichtige medizinische Maßnahme
- 15) Gespräche zwischen Politikern und Geschäftsleuten
- 16) Ugs. Bezeichnung: bössartiger Mensch



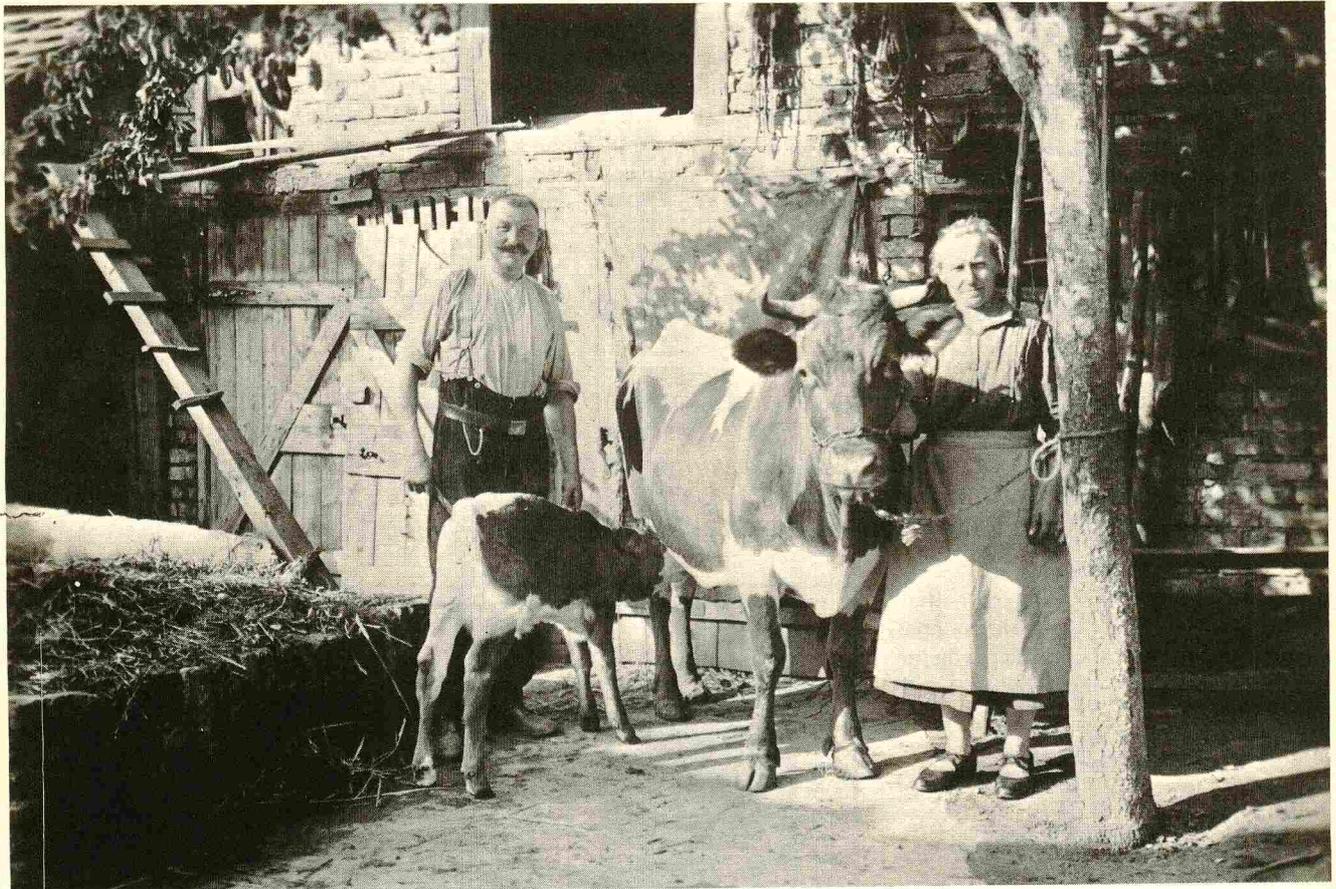
# Großes Grillfest der DKP



Lauf um die „Rote Oberwald-Meile“

Spaß und Unterhaltung

Am Samstag, den 15. August 1981, ab 12 Uhr, am Forsthof Oberwald.  
Die Bevölkerung von Mörfelden und Walldorf ist herzlich eingeladen.



## Mörfelden gestern

„Zur Erinnerung an den 21.7.1928“ steht auf der Rückseite dieser idyllischen Aufnahme. Das Bild wurde im Hinterhof eines Hauses in der Mittulgasse aufgenommen.

Typisch für Mörfelder Verhältnisse waren die kleinen Anwesen. Dicht beieinander, wie auf unserem Foto neben Vater, Mutter, Kuh und Kälbchen zu sehen, waren die kleinen Stallungen, darüber der Heuboden und der Hühnerstall mit der Hühnerleiter, ein Birnbaum, die Mistkaute, und der im Hof befindliche Abort.

Es waren keine reichen, viel Grund besitzenden Bauern, sondern oft kleine Handwerker, Bäcker, Metzger und Schuster, die meistens nur eine Kuh hatten. Bei den Arbeitern reichte es nur zur Ziege. Aber etwas Landwirtschaft mußte von allen betrieben werden, damit die oft große Kinderschar satt wurde.